

Tagungsdokumentation



**Beitrag des Europäischen Sozialfonds (ESF) zur
Integration von Migrantinnen und Migranten in
den Arbeitsmarkt des Landes Berlin
am 6. Mai 2011, Jerusalemkirche, Kreuzberg**



Inhaltsverzeichnis

Rednerinnen und Redner	3
Hintergrund der Tagung	4
Die Situation in Berlin	4
Herausforderungen am Arbeitsmarkt und Förderstrategie des ESF	5
Der Blick nach Europa	6
Wie lässt sich der erfolgreiche Einsatz von Fördermitteln nachweisen?	6
Die Diskussion	7
Ein Blick in die Zukunft	9
Impressionen	10
Impressum	13



Rednerinnen und Redner

- Thomas Bender, Europäische Kommission,
Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Integration
- Tatjana Forner,
Mitglied des Landesbeirats für Integration und Migration
- Andreas Germershausen,
Büro des Integrationsbeauftragten des Berliner Senats
- Peter Gut, ESF-Verwaltungsbehörde Berlin,
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen
- Cigdem Ipek,
Büro des Integrationsbeauftragten des Berliner Senats
- Mathias Kuhlmann, ESF-Verwaltungsbehörde Berlin,
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen
- Kerstin Liebich, Staatssekretärin,
Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales
- Nihat Sorgeç,
Geschäftsführer der BildungsWerk in Kreuzberg GmbH
- Richard Stanton, Migration / Work CIC
- Susanne Strehle,
Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Referat EF2, ESF-Transnationale Maßnahmen
- Jürgen Wittke,
Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Berlin

Moderation

- Minou Amir-Sehhi, freie Journalistin
- Dr. Ulrich Raiser,
Büro des Integrationsbeauftragten des Berliner Senats

Hintergrund der Tagung

Im Januar 2007 begann eine siebenjährige Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF). Seitdem flossen etwa 123 Millionen Euro an ESF-Mitteln in Weiterbildungsmaßnahmen, die zu einem Anteil von ca. 18 % der Integration von Migrantinnen und Migranten in den Berliner Arbeitsmarkt dienen.

Ende 2013 wird die ESF-Förderperiode 2007-2013 auslaufen. Die ESF-Verwaltungsbehörde, das Büro des Integrationsbeauftragten des Berliner Senats und die Teilnehmer verschiedener Interessenverbände stellten sich bei der Tagung am 6. Mai den Fragen:

Werden mit den Fördermitteln die selbst gesteckten Ziele erreicht?

Wie lässt sich der Einsatz der Fördermittel gezielt überprüfen?

Wie kann die Integration von Migrantinnen und Migranten in den Berliner Arbeitsmarkt mithilfe von ESF-Mitteln zukünftig verbessert werden?

Die Situation in Berlin

Berlin nimmt in Bezug auf die Integration von Migrantinnen und Migranten bundesweit eine Sonderstellung ein, wie der erste Länderübergreifende Integrationsbericht 2005-2009 zeigte¹. Positive und negative Trends zeichneten sich in den letzten Jahren ab: Auf der einen Seite leben in Berlin überdurchschnittlich viele Akademikerinnen und Akademiker mit Migrationshintergrund, auch der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an den Berliner Gymnasien ist im Vergleich der Bundesländer sehr hoch. Auf der anderen Seite sind, gemessen am Bevölkerungsanteil, überdurchschnittlich viele Berliner Migrantinnen und Migranten arbeitslos. Die Ausbildungsbeteiligung junger Migrantinnen und Migranten ist nach wie vor sehr niedrig.

Bei ihrem Grußwort sprach **Staatssekretärin Kerstin Liebich** deshalb von Berlin als einer polarisierten Stadt, was Zuwanderung und Integration angeht. Sie betonte, dass Menschen mit Migrationshintergrund in Berlin keineswegs nur Problemfälle seien und dass sich längst eine gut qualifizierte Mittelschicht mit Migrationshintergrund in der Stadt etabliert hat. „Über diese Menschen redet niemand“, sagte Kerstin Liebich, „weil sie ein selbstverständlicher Teil der Berliner Wirtschaft sind.“

Im Gegensatz dazu lässt sich ein Teil der Berliner Migrantinnen und Migranten nur schwierig in den Berliner Arbeitsmarkt integrieren. Einer Erhebung zufolge konnten von Menschen mit Migrationshintergrund, die im Jahr 2008 an einer ESF-Maßnahme teilnahmen, sechs Monate später nur 10 Prozent eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Lediglich 1,6 % hatten eine Ausbildung begonnen, 24,4 % von ihnen blieben arbeitslos. Bei beinahe 40 % der ehemaligen Teilnehmerinnen und Teilnehmer war die weitere berufliche Entwicklung unklar. Die Zahlen für Teilnehmende ohne Migrationshintergrund sind nur geringfügig besser, dennoch betonte Kerstin Liebich, dass es Ziel sein muss, Menschen durch ESF-Weiterbildungsmaßnahmen zurück in reguläre Beschäftigung zu bringen. Noch immer verharren viele Migrantinnen und Migranten jahrelang in Arbeitslosigkeit oder stecken in so genannten „Maßnahmekarrieren“ fest. Ein Umstand der, so die Staatssekretärin, dringend geändert werden muss.



Kerstin Liebich,
Staatssekretärin, Senats-
verwaltung für Integration,
Arbeit und Soziales

¹ Der Bericht kann unter www.berlin.de/lb/intmig/publikationen/berichte/index.html abgerufen werden.



Herausforderungen am Arbeitsmarkt und Förderstrategie des ESF



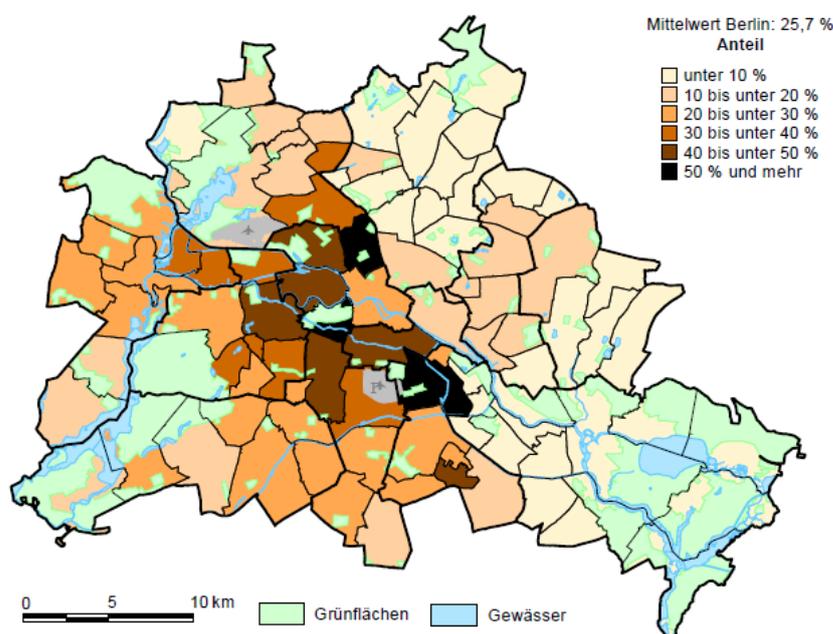
Mathias Kuhlmann, ESF-Verwaltungsbehörde Berlin, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen

Mathias Kuhlmann von der ESF-Verwaltungsbehörde in Berlin beschäftigte sich in seinem Vortrag ebenfalls mit der speziellen Arbeitsmarkt-Situation in Berlin. Ungefähr 872.000 Menschen mit Migrationshintergrund (ein Bevölkerungsanteil von 25,7 %) leben in Berlin, 457.806 von ihnen sind Ausländerinnen und Ausländer (Bevölkerungsanteil von 13,5 %). Der Migrantenanteil der Berliner Bevölkerung ist im Vergleich zu Städten wie Stuttgart (38%) und Frankfurt (mehr als 40%) insgesamt nicht besonders hoch.

Bei Erstellung des aktuellen Berliner ESF-Programms im Jahre 2005 lag die Arbeitslosenquote unter den Ausländern mit 44,1 % mehr als doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung mit 21,5 % aller abhängigen Erwerbspersonen. Der Ausländeranteil unter sämtlichen Arbeitslosen stieg seitdem von 18,8 Prozent auf 21,4 % Ende des Jahres 2010. „Das ist eine ganz wesentliche Zahl, die wir als Richtwert für die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund an den ESF-Förderungen als Querschnittsziel unseres Programms festgelegt haben“, erklärte Mathias Kuhlmann. Eine weitere statistische Zahl, die nachdenklich stimmt: Nur 25 % der ausländischen Jugendlichen schließt eine Ausbildung erfolgreich ab, bei den deutschen Jugendlichen sind es 66 %.

Betrachtet man die Verteilung der Migrantenanteile in den einzelnen Bezirken Berlins, dann zeigt sich noch immer das Bild einer geteilten Stadt. Im ehemaligen Ost-Teil der Stadt liegt der Migrantenanteil selbst in sozial schwachen Bezirken wie Hellersdorf und Marzahn bei geringen 10 %. Teile von Kreuzberg und Neukölln haben dagegen in einigen Quartieren einen Migrantenanteil von bis zu 69%. An den Schulen in diesen Quartieren haben oftmals mehr als 90 % der Schüler einen Migrationshintergrund. „Vor diesem Hintergrund ist es nur folgerichtig, dass die ESF-Förderstrategie zielgruppenbezogen vor allem auf benachteiligte Jugendliche und stadtteilbezogen auf bestimmte Quartiere ausgerichtet ist und hier mit Förderungen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen des Programms „Zukunftsinitiative Stadtteil“ abgestimmt wird“; erklärte Mathias Kuhlmann.

Anteil der melderechtlich registrierten Einwohner mit Migrationshintergrund an allen Einwohnern am Ort der Hauptwohnung in Berlin am 31. Dezember 2010 nach Ortsteilen in Prozent
© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg - SB A | 5 - hj
2 / 10 - Berlin





Der Blick nach Europa

Die EU-Perspektive zu den Themen Beschäftigung und Integration erläuterte **Thomas Bender**, für die ESF-Politikkoordinierung zuständiger **Referatsleiter der Generaldirektion für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Integration der Europäischen Kommission**. „In den nächsten zehn Jahren möchten wir 20 Millionen Menschen aus der Armut bringen und die Beschäftigungsrate der 20 bis 64jährigen in den EU-Ländern auf mindestens 75 Prozent bringen“, erklärte er. „Dieses Ziel können wir nur erreichen, wenn in Zukunft diejenigen, die heute vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, viel stärker als bisher in den Arbeitsmarkt integriert werden.“ Wirtschaftspolitik, so forderte Thomas Bender, soll in Zukunft eine weitreichende sozialpolitische Komponente haben. Außer einem generellen Wirtschaftswachstum müssen deshalb drei Makroziele erreicht werden: Erhöhung der Beschäftigungsquote, Verringerung der Schulabrecherquote, Erhöhung der Zahl derjenigen, die einen Hochschulabschluss machen.



Thomas Bender, Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Integration

Wie lässt sich der erfolgreiche Einsatz von Fördermitteln nachweisen?

Wichtig ist, in diesem Punkt waren sich alle Redner einig, dass der Erfolg von Weiterbildungsmaßnahmen und der Einsatz von EU-Förderprogrammen in Zukunft besser überprüft werden müssen. **Richard Stanton** von der EU-weit tätigen gemeinnützigen Organisation **Migration Work**, die zu den Themen Migration und Beschäftigung forscht, und wissenschaftlicher Berater des transnationalen ESF Lernnetzwerks IMPART, erläuterte die Schwierigkeiten einer exakten Evaluation zur Wirksamkeit von Integrationsmaßnahmen. Um eine Aussage über den Erfolg eines Integrationsprogrammes machen zu können, sei eine Beobachtung über einen Zeitraum von etwa zehn Jahren nötig. Bei der Evaluation sei es erforderlich, den arbeitsmarktpolitischen Kontext, in dem sich ein Projekt bewegt (die Projektumwelt), in die Bewertung einzubeziehen. ESF Projekte müssten zudem ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, um Netzwerke zu bilden und relevante Partner in die Umsetzung einzubeziehen. Zudem müssten sie besser klar machen, was der Mehrwert der Projektergebnisse sei.



Richard Stanton, Migration / Work CIC

Auch das transnationale **Lernnetzwerk IMPART**, das vom Berliner Integrationsbeauftragten in enger Abstimmung mit der ESF-Verwaltungsbehörde koordiniert und mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie 6 weiteren EU-Mitgliedsstaaten gegründet wurde, beschäftigt sich mit der Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt. Eines der Ziele von IMPART ist es, den Einsatz von EU-Förderprogrammen und Finanzmitteln auf seine Wirksamkeit zu überprüfen und Praxis-Empfehlungen zu geben.



Weitere Informationen:
www.impart.eu

„Bei den Trägern der Weiterbildungsmaßnahmen mangelt es nicht an gutem Willen. Vielmehr beobachten wir eine gewisse Hilflosigkeit, wenn es darum geht die Teilnehmer nach einer Weiterbildungsmaßnahme in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln“, fasste Rednerin **Cigdem Ipek** die Beobachtungen des Netzwerks zusammen.



Cigdem Ipek, Büro des Integrationsbeauftragten des Berliner Senats



„Projekte brauchen eine enge Einbindung in Netzwerke und sie brauchen engen Kontakt zu Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung sowie zu Unternehmen.“ Außerdem äußerte sie den Wunsch, dass man bei dem Thema Migration und Beschäftigung „weg von dem Denken über Defizite hin zu einem Potenzial-Denken“ kommt.

Der Nachweis über den Erfolg einer Integrationsmaßnahme sollte aus Cigdem Ipeks Sicht auch sog. weiche Faktoren beinhalten, weil viele Teilnehmer selbst dann profitieren, wenn keine unmittelbare Vermittlung auf den Arbeitsmarkt gelingt. „Nicht alleine harte Fakten wie Beschäftigungszahlen zählen“, erklärt sie. „Viele Migrantinnen und Migranten werden durch die Teilnahme an den Integrationsmaßnahmen in ihren sozialen Kompetenzen erheblich gestärkt.“

Die Diskussion

Als Einstimmung auf die Diskussion wurde der **Image-Film der Kampagne „Berlin braucht Dich!“** vorgestellt, der aus Mitteln des Berliner Landes-ESF finanziert wurde. Der 10-minütige Spielfilm zeigt die Berufsorientierungsphase der Zehntklässler Cansu und Yasin. Die beiden Jugendlichen machen eine Erkundungstour durch Berliner Behörden und Betriebe mit Landesbeteiligung und informieren sich dabei über Ausbildungsmöglichkeiten.

Vor fünf Jahren startete die Kampagne „Berlin braucht Dich!“. Ihr Ziel ist es, Jugendliche mit Migrationshintergrund zu ermutigen, eine Ausbildung im öffentlichen Dienst zu beginnen. Die Kampagne ist ausgesprochen erfolgreich und gilt als vorbildliche und nachhaltige Integrationsmaßnahme.

Zu Beginn der Diskussion äußerten sich die Kooperationspartner aus den Bereichen Wirtschaft und Weiterbildungsträger zu der Frage, warum es so selten gelingt, Menschen mit Migrationshintergrund in den Berliner Arbeitsmarkt zu integrieren.



Film als Download unter:
www.berlin-braucht-dich.de

**Berlin
braucht
dich!**

Berlin potuzbuje ciebie!
Berlino reikia tave! ir tave!
Berlin needs you!
Berlin is sana ihtiyacı var!
Berlin cın ban!
برلين بحاجة اليك!



Diskussionsrunde
(von links nach rechts);
Partner aus Politik und Verwaltung: Thomas Bender, Kerstin Liebich, Moderatorin Minou Amir-Sehhi, Susanne Strehle;
Kooperationspartner aus den Bereichen Wirtschaft und Weiterbildungsträger: Jürgen Wittke, Tatjana Forner, Moderator Dr. Ulrich Raiser, Nihat Sorgeç

Einen der wesentlichen Punkte sah **Tatjana Forner vom Landesbeirat für Integration und Migration**, in der Tatsache, dass sich Mitte und Ende der 90er Jahre Berlin in einer schwierigen Arbeitsmarktlage befand. „Zu diesem Zeitpunkt wurden Migranten als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt gesehen. Universitätsabschlüsse von sehr gut ausgebildeten Menschen, die beispielsweise aus den ehemaligen Sowjetstaaten kamen, wurden nicht anerkannt“, erklärte sie. „Die Potenziale, die in den Neunziger Jahren nicht genutzt wurden, sind Berlin unwiderruflich verloren gegangen!“



Tatjana Forner, Landesbeirat für Integration und Migration

Nihat Sorgeç, Geschäftsführer des BildungsWerks in Kreuzberg, beklagt, dass es in Unternehmen noch immer Vorbehalte gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund gibt. „Besonders Mädchen, die ein Kopftuch tragen, haben es sehr schwer einen Ausbildungsplatz zu finden, obwohl viele von ihnen gute schulische Leistungen vorweisen können“, berichtete er. „Schwierig ist es auch, Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu einer Ausbildung im dienstleistungsorientierten Sektor zu vermitteln, da einige große sprachliche Defizite haben“.

Anders als vor wenigen Jahren ist die wirtschaftliche Lage in den Berliner Handwerksbetrieben aktuell sehr gut. Fachkräfte werden gesucht, im Schnitt sind über das ganze Jahr verteilt mindestens 150 Ausbildungsstellen offen. Jugendliche mit Migrationshintergrund bekommen diesen Aufwind noch nicht zu spüren, die Ausbildungsquoten sind bei ihnen nach wie vor gering. Die Berliner Handwerkskammer hat deshalb gemeinsam mit dem Integrationsbeauftragten die Kampagne „Berlins Wirtschaft braucht dich!“ ins Leben gerufen. „Den Bedarf, die vorhandenen Ressourcen zu nutzen, sehen wir durchaus. Allerdings stehen wir vor dem Phänomen, dass jugendliche Migranten die Schule verlassen und keine Ausbildung beginnen“, stellte **Jürgen Wittke, Hauptgeschäftsführer der Berliner Handelskammer**, fest.



Jürgen Wittke, Hauptgeschäftsführer der Berliner Handelskammer und Tatjana Forner

„Dabei ist eine abgeschlossene Ausbildung noch immer eine Eintrittskarte in die Gesellschaft. Wir müssen den Jugendlichen die Botschaft vermitteln, dass Auszubildende dringend gesucht werden. Viele haben die Erfahrung gemacht, dass ältere Geschwister vor fünf Jahren 100 Bewerbungen geschrieben haben und trotzdem nicht zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen wurden. Heute ist die Situation eine ganz andere“.

Kerstin Liebich gab ihren Vorrednern indirekt Recht, in dem sie erklärte, dass viele Faktoren darauf Einfluss haben, ob Erwachsene und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Beschäftigung kommen oder nicht. „Unsere Kampagne „Berlin braucht dich!“ ist auch deshalb so erfolgreich, weil wir als Öffentlicher Dienst eine starke Selbstverpflichtung eingegangen sind“, sagte die Staatssekretärin. „Um die Jugendlichen an die passenden Unternehmen in der Wirtschaft zu vermitteln, müssen wir große und effiziente Netzwerke und sinnvolle Mentoring-Programme aufbauen.“ Alle Diskussionsteilnehmer stimmten überein, dass der Erfolg der weiteren ESF-geförderten Weiterbildungsmaßnahmen im Wesentlichen davon abhängt, dass Betriebe und Unternehmen zukünftig in höherem Maße mit den Weiterbildungsträgern kooperieren.

„Unternehmen sollten stärker als bisher als Zuwendungsempfänger eingebunden werden“, forderte **Susanne Strehle vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales**. „Noch ist der bürokratische Aufwand erheblich, wenn es darum geht ESF-Mittel zu beantragen. Kleine Unter-



Bild oben: Susanne Strehle, Bundesministerium für Arbeit und Soziales



Bild unten: Partner aus Politik und Verwaltung: Thomas Bender, Kerstin Liebich, Moderatorin Minou Amir-Sehhi

nehmen und Betriebe kommen damit nicht klar. Schuld daran ist übrigens nicht der ESF, sondern unser nationales Zuwendungsrecht“.

Susanne Strehle lobte ausdrücklich das Projekt „bridge“, das vom Berliner Integrationsbeauftragten fachlich und inhaltlich gesteuert und durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den ESF kofinanziert wird. bridge schaffte es, Jugendliche mit einem Bleiberecht, zu einer Ausbildung zu motivieren. „Das Projekt funktioniert, weil die Jugendlichen und die Ausbildungsstätten persönlich angesprochen wurden“, sagt sie.

Auf die Frage, warum viele EU-Maßnahmen so realitätsfern seien, räumte **Thomas Bender** von der Europäischen Kommission eine zum Teil verfehlte Förderpolitik der letzten Jahre ein: „Umfassende Untersuchungen in Ungarn unter Roma haben gezeigt, dass sich die Elterngeneration auch durch gezielte Fördermaßnahmen nur schwer in den Arbeitsmarkt integrieren lässt. Auch bei erheblichem Aufwand bleiben die Beschäftigungsquoten gering. Sinnvoll ist es deshalb schon weit früher anzusetzen und mit der Förderung bereits im Vorschulalter zu beginnen.“

Die Diskussion wurde moderiert von Minou Amir-Sehhi, freie Fernsehjournalistin und Dr. Ulrich Raiser vom Büro des Integrationsbeauftragten des Berliner Senats.

Ein Blick in die Zukunft

Andreas Germershausen, Stellvertreter des Berliner Integrationsbeauftragten, betonte in seinem Schlusswort, dass die Berliner Integrationspolitik an sozialen Indizes ansetzt und so Qualifizierungen und Übergänge in den ersten Arbeitsmarkt von Migrantinnen und Migranten gezielt fördert. Folglich geht es nicht um eine gesonderte Politik für Migranten, sondern um die konsequente Umsetzung des Querschnittsziels der Integration in allen Politikfeldern. „Wir werden das Querschnittsziel Integration auch in der nächsten Förderperiode weiter verfolgen,“ erklärte er.



Zur praktischen Arbeit mit ESF-Fördermitteln äußerte sich **Peter Gut von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen**. Ein neu konstituierter Arbeitskreis habe die Aufgabe, die Ergebnisse der ESF-Förderung auszuwerten und den auch im Berliner Begleitausschuss vertretenen Wirtschafts- und Sozialpartnern vorzulegen. Es könne dann mit der Fachkompetenz des Integrationsbeauftragten kompetent bewertet werden, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um eine bessere soziale und berufliche Integration der Migrantinnen und Migranten zu erreichen. Möglicherweise seien hierfür gezieltere Projektauswahlkriterien ein geeignetes Mittel, zumal sie über den Begleitausschuss mitgestaltet werden können



Peter Gut, ESF-Verwaltungsbehörde Berlin, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen

„Wichtig ist, dass in Zukunft vereinfachte Abrechnungsverfahren etabliert werden, um Unternehmen stärker als es bisher der Fall ist, einzubinden“, sagte Peter Gut. „Unternehmensnahe Ansätze sind bei den Förderprogrammen vorhanden. Diese gilt es, stärker auszubauen.“

Impressionen









Impressum

Herausgeber

ESF-Verwaltungsbehörde,
Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen,
Referat III C - Europäische Strukturfondsförderung
Martin-Luther-Straße 105
10825 Berlin
Tel: (030) 9013-0
E-Mail: strukturfonds@berlin.de

www.berlin.de/strukturfonds

Redaktion

Kirstin Schiekiera

Layout

CONVIS Consult & Marketing GmbH

Fotos

CONVIS Consult & Marketing GmbH, Patrick Schneider

Diese Druckschrift ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Landes Berlin. Sie ist nicht zum Verkauf bestimmt und darf nicht zur Werbung für politische Parteien verwendet werden. Der Nachdruck ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers gestattet. Stand: Juni 2011.

Diese Dokumentation wurde aus Mitteln der Europäischen Union (Europäischer Sozialfonds) kofinanziert.



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds
Investition in Ihre Zukunft

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen

Referat III C - Europäische Strukturfondsförderung
Martin-Luther-Straße 105, 10825 Berlin

Tel.: (030) 9013-0

Email: strukturfonds@berlin.de

www.berlin.de/strukturfonds



Diese Broschüre wurde aus Mitteln der Europäischen Union (Europäischer Sozialfonds) kofinanziert.



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds
Investition in Ihre Zukunft